

(Volkmar Klein [CDU])

- (A) mehreren Stellen noch weiter beraten werden muss.

Ich vermisse im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise konkretere Aussagen darüber, wie es geschafft werden soll, die vielen kw-Stellen, die ausgebracht sind, überhaupt zu realisieren. Das wird noch eine große und schwierige Aufgabe sein. Darüber müssen wir reden.

Wir müssen darüber hinaus sicherlich - das hat der Herr Ministerpräsident ja angekündigt; das ist auch eine interne Frage der Organisation unter anderem von Steuerverwaltung - darüber reden, wie in Zukunft ausgeschlossen werden kann, dass Belegschaftsversammlungen oder Betriebsausflüge des Finanzministeriums auf Kosten der WestLB geschehen. Auch das ist eine Frage der Organisation. Darüber müssen wir auf jeden Fall reden.

Wir müssen des Weiteren - auch das ist begonnen - darüber reden, wie wir beispielsweise als Abgeordnete einen Überblick darüber bekommen können, was als eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung in den Finanzämtern vor Ort angesehen wird. Selbstverständlich wollen wir große Handlungsspielräume, aber der Finanzausschuss hat bereits seitens des Finanzministeriums einen Bericht angekündigt bekommen, der sich speziell auf solche Fragen bezieht und der ausgelöst worden ist von der Frage, wie es überhaupt kommen konnte, dass Schmiergeldzahlungen des Thyssen-Konzerns in Höhe von 220 Millionen DM bezahlt werden konnten, ohne dass der normalerweise für Fragen von grundsätzlicher Bedeutung vorgesehene Weg über die OFD bis in die politische Spitze des Finanzministeriums gegangen worden ist.

Auch das sind Fragen, die uns sehr interessieren müssen. Das sind Fragen, die wir im Zusammenhang mit der internen Organisation der Steuerverwaltung sicherlich diskutieren müssen.

Ich denke, wir können auf der Basis der Antwort auf diese Große Anfrage im Haushalts- und Finanzausschuss weiter darüber reden, wie wir unsere Steuerverwaltung noch optimieren können. Ich glaube, die Chance für eine konstruktive Beratung im Ausschuss ist gut.

An dieser Stelle möchte ich mich den Äußerungen des Kollegen Siekmann anschließen: Jenseits aller

aktuellen Bewertung zweifelhafter Dinge müssen wir - das sage ich als Vertreter der CDU und als Vorsitzender des Ausschusses - dem früheren Finanzminister Schleußer attestieren, dass die Beratungswege, das Beratungsklima im Haushalts- und Finanzausschuss immer sehr gut waren. Ich möchte mich hier für die gute Zusammenarbeit des früheren Ministers mit allen Fraktionen im Ausschuss bedanken. Ich hoffe, dass wir mit dem Nachfolger von Herrn Schleußer - mit wem auch immer es wir für die nächsten drei Monate zu tun haben werden - an dieses gute Verhältnis anknüpfen und über die Antwort auf diese Große Anfrage beraten können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Klein.- Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 3 liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung** und stelle fest, dass die **Große Anfrage 16** der Fraktion der CDU damit **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

4 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes (JAG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/4591

zweite Lesung

Ich **eröffne die Beratung** und erteile Frau Kollegin Schulze das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben das Gesetz schon am Mittwoch ausführlich diskutiert. Deswegen will ich mich darauf zu beschränken zu sagen: Wir wollen, dass sich Studierende Kenntnisse über internationale Zusammenhänge aneignen und die dafür notwendigen Fremdsprachen erlernen. Das ermöglicht die

(Svenja Schulze [SPD])

(A) ses Gesetz. Deshalb bitte ich Sie, diesem Gesetz zuzustimmen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Frau Kollegin Bainski, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christiane Bainski (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben am Mittwoch schon das Entscheidende gesagt. Es geht im Wesentlichen um die Ausweitung der Ausnahmetatbestände für den Freiversuch in der Juristenausbildung.

Anlass für die Gesetzesänderung ist eine Petition von Studierenden aus Münster. Ich finde es erfreulich, dass wir in der Lage waren, sehr schnell auf diese Petition zu reagieren und die Möglichkeiten für den Freiversuch im Sinne der Studierenden zu erweitern. Ich freue mich auch, dass wir das offensichtlich gemeinsam mit allen drei Fraktionen im Hause tun, und bitte um Zustimmung. - Danke schön.

(B)

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Frau Bainski. - Das Wort hat Frau Kollegin Brakensiek, CDU-Fraktion.

Tanja Brakensiek (CDU)*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bedenken, die die CDU-Fraktion gegen diesen Gesetzentwurf hatte, sind inzwischen ausgeräumt. Herr Kollege Lux hat für unsere Fraktion umfassend Stellung genommen. Auch wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Ich hätte dem Herrn Minister gerne das Wort erteilt, aber er möchte es wohl nicht haben. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** die Beratung.

Da keine Ausschussberatung zu diesem Gesetzentwurf stattgefunden hat, **stimmen** wir über den **Gesetzentwurf** in der Fassung der **Drucksache 12/4591 ab**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Unsere **nächsten Plenarsitzungen** finden vom 23. bis 25. Februar 2000 statt.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nachmittag, eine gute Heimfahrt, ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 13.19 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(C)

(D)

1. Februar 2000/Ausgegeben: 4. Februar 2000

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.